

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	09.12.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

**Anfrage Sicherer Hafen Bielefeld – Aufnahmebereitschaft Bielefelds
bzgl. der Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pit Clausen,

zur kommenden Ratssitzung stellen wir folgende Anfrage:

Gibt es Bestrebungen seitens der Stadt Bielefeld, die seit dem 20.08.2018 dem Bündnis Sicherer Hafen beigetreten ist, sich an die Bundesregierung zu wenden, um die Aufnahmebereitschaft Bielefelds von Menschen auf der Flucht, die an der polnisch-belarussischen Grenze in Not sind, zu signalisieren?

Zusatzfrage:

Welche Schritte sind derzeit in Planung, um die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen als solidarische Stadt und sicherer Hafen in die Öffentlichkeit zu bringen?

Begründung:

Einige Tausend Geflüchtete halten sich laut Expert*innen in Belarus auf. Genaue Zahlen sind nicht zu ermitteln. Die belarussische Regierung bringt diese Menschen gezielt an die Grenze zur EU. Etwa 100 Menschen täglich, oft auch mehr – und das seit August 2021. Etwa 20.000 Menschen sollen so bis Mitte Oktober in die Grenzregion zwischen Belarus und der EU gekommen sein [1].

An der polnischen Grenze sind etwa 10.000 polnische Soldat*innen im Einsatz, um diese Menschen abzufangen. Es kommt nach zahlreichen Berichten zu Festnahmen und zu Pushbacks [2].

Hierbei handelt es sich um gewaltsam durchgeführte Einsätze polnischer Grenzsoldat*innen, bei denen Geflüchtete, die schon auf EU-Boden angekommen sind, zurück an die Grenze gebracht und in Richtung Belarus abgesetzt werden. Pushbacks sind eindeutige Verstöße gegen die Menschenrechte und sie verstoßen zudem gegen geltendes EU-Recht. Von der polnischen

Regierung wurden diese Pushbacks genauso wie ungeprüft abgelehnte Asyl-
anträge der Geflüchteten als legitimes Mittel in dieser Sache bezeichnet [3].

Erschwerend kommt hinzu, dass die Bürgerrechte in der Region durch den
erklärten Ausnahmezustand stark eingeschränkt sind. Das Gebiet darf nicht
betreten werden. Freiwillige und Hilfsorganisationen werden durch die polni-
sche Regierung behindert, den Menschen zu helfen, die schutzlos Kälte,
Nässe und Hunger ausgesetzt sind.

Es bedarf der zügigen Aufnahme der Menschen, die an der benannten
Grenze festgehalten werden, um ihnen ein rechtsstaatliches Verfahren zur
Einreise oder zum Asyl in der Europäischen Union zu ermöglichen. Die Men-
schen dürfen nicht länger als Spielball internationaler Machtpolitik miss-
braucht werden.

Bielefeld ist seit dem 20.08.2018 dem Bündnis Sicherer Häfen beigetreten.
Nun ist es an der Zeit, sich zu solidarisieren und weitere Zeichen zu setzen,
um die Menschenrechtsverletzungen nicht weiter still hinzunehmen.

* [1] <https://www.deutschlandfunk.de/lukaschenko-gegen-die-eu-wie-belarus-gefluechtete-als-100.html>

* [2] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-belarus-grenze-fluechtlinge-demonstration-100.html>

* [3] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-belarus-grenze-fluechtlinge-demonstration-100.html>

Mit freundlichen Grüßen
Lena Oberbäumer
Daniel Hofmann

gez. Lena Oberbäumer